



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Umfragewerte für die SPD sinken, obwohl die Ampelkoalition auf allerhand Erfolge verweisen kann: Mindestlohn 12€, Kindergrundsicherung eingeführt, Erhöhung des Wohngeldes, Bürgergeld, Rentenerhöhung, usw.

Leider kommen die Erfolge bei den Bürgern nicht an. Es wäre wichtig zu ergründen, woran das liegt.

Bisher fand sich bei jeder Neuerung der Regierung garantiert jemand, der wieder ein "Haar in der Suppe" entdeckte. Das wurde dann in den Medien und Talkshows ausgeschlachtet.

Wir leben in schwierigen Zeiten und alle haben sicherlich schon vergessen, dass wir uns kurzfristig vom preiswerten russischen Öl unabhängig machen mussten, was viel Geld gekostet hat. Wir haben die Pandemie gut gemeistert. Der Krieg in der Ukraine muss unterstützt werden und verlangt Finger-spitzengefühl im Umgang mit Russland.

Hinzu kommt das Unverständnis einiger Menschen, die den Arbeitslosen unterstellen, dass es ihnen zu gut geht und sich die Betroffenen nur in der sozialen Hängematte auf Kosten anderer leben wollen. Hass und Hetze dürfen nicht die Oberhand gewinnen.

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

„Arbeiten bis zum Umfallen“ – Veranstaltung am 12.09.2023

Christine Walther

Es ist nicht so einfach eine SPD-Veranstaltung zu organisieren. Wenn alle helfen, wird es eine gute Aktion. Das hat diesmal wunderbar geklappt. Danke an die beiden Referenten: den SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Kröber und den Geschäftsführer der Sachsen-Anhaltischen Krebsgesellschaft Sven Weise. Ralph hat wieder die Moderation perfekt durchgeführt. Danke an Daniel für die toll gestylten Flyer. Bei der Verteilung von 2000 Stück in Siedlung und Ziebigk hat Manuela geholfen. Christian hat im AWO-Raum die Bestuhlung organisiert. Vielen Dank bei allen für die Unterstützung. Das Thema „Arbeiten bis zum Umfallen“ ist auf reges Interesse gestoßen. Wir hatten auch Bürger, die aus Halle und Wittenberg gekommen sind.

Zur Einführung brachte Ralph mich gleich mit zwei Bemerkungen



zum Erstaunen. In Japan gibt es ein Spezialwort für den Tod durch Arbeit: Karoshi. Und 2022 war ein Rekordjahr bei psychischen Erkrankungen in Deutschland.

Martin Kröber nannte drei wichtige Aufgaben, die Voraussetzungen für optimale Arbeitsbedingungen sind:

- Tarif- und Vergaberecht bundesweit einführen
- Die Bildungspolitik muss sich ändern; junge Menschen müssen besser für das Leben vorbereitet werden.
- Der Mindestlohn muss weiter steigen.

Sven Weise beklagte die hohen Krankenfehltagel in Sachsen-Anhalt. Jeder zweite Bürger erkrankt an Krebs. Im Alter von 40 – 49 ist ein besonders hoher Anstieg zu verzeichnen.

Neben der Bezeichnung Burnout gibt es jetzt noch einen neuen Begriff: Coolout. In der Pflege beschreibt und erklärt Coolout **den Prozess einer moralischen Desensibilisierung.**

Nach den Kurzvorträgen konnten die Bürger ihre Fragen stellen.

Statements und Fragen brachten folgende Erkenntnisse:

Die junge Generation hat andere Wünsche, als immer nur zu arbeiten.

Persönlich möchte ich ergänzen: Yoga, Meditation lernen und Konfliktmanagement in den Schulplan aufnehmen. Wir müssen umdenken: Nicht mehr nur: „Tu was, streng dich an!“ – Die Pausen sind der Taktgeber des Lebens!

Weitere Themen waren:

Es werden Ausbildungsstellen für Rettungsanitäter gesucht.

In den großen Betrieben fehlen anonyme Suchberater. Auch Workaholic ist eine Sucht.

Gesundheitsminister Lauterbach will das Geld für Werbung bei den Krankenkassen streichen und dafür die Prävention stärken. Das hat allgemeine Zustimmung hervorgerufen.

Flexible Arbeitszeit können positiv und auch negativ sein, genauso wie Homeoffice.

Durch den Fachkräftemangel muss ein Umdenken bei den Arbeitsgebern erfolgen, um die Arbeitnehmerzufriedenheit am Arbeitsplatz zu steigern.

Bemängelt wurde, dass es zu viel Bürokratie in den Medizin gibt.

Auch die Verwaltungsentscheidungen führen häufig zu Frust bei den Bürgern.

Wenn sich der Stress im Gesundheitswesen reduzieren ließe, käme uns allen das zu Gute:

Abbau der Bürokratie, Digitalisierung vorantreiben, Gesundheitsvorsorge verbessern waren die allgemeine Wünsche.



**Deutschland-Pakt:
Was Olaf Scholz vorschlägt**

 Planungs- und Genehmigungsverfahren inklusive der Anhörung von Bürger*innen sollen vollständig digitalisiert werden. Um schneller bauen zu können, soll der digitale Bauantrag bis Ende des Jahres bundesweit umgesetzt sein.

 "Fokus-Dienstleistungen" wie die Ummeldung des Wohnsitzes oder die Beantragung von Personalausweis und Führerschein sollen deshalb bis Ende kommenden Jahres digital werden.

 Umsetzung des Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes in den Kommunen vor Ort, unterstützt von der Digitalisierung, damit Verfahren beschleunigt werden.

© M/MAGO - dts Nachrichtenagentur

vorwärts  Deutscher Bundestag

Frieden durch Argumente

Florian Stauf

Wer den Weg versperrt für die Diplomatie schafft an neuen Orten Wege in den Krieg. Die Diplomatie ist der Garant für Frieden. Jeder der gegen die Diplomatie ist, ist auch gegen Sicherheit und Beständigkeit. Der Frieden ist das Höchste Gut der Menschheit und ebenso fragil.

Es nützt keinem immer neue Waffen zu liefern und die Diplomatie nicht in die Pflicht zu nehmen. Wo wir Menschen beurteilen ohne die Menschen oder Fakten zu kennen ist der Krieg im Geiste schon vorhanden. Wir müssen zurück zum Dialog mit allen Beteiligten an diesem Krieg um ihn zu beenden. Da Keiner seine Maximalen Ziele erreichen wird. Deutschland muss den Weg in eine Diplomatie des Friedens in Europa finden und jeder ist ein Teil des Friedens der für ihn kämpfen aber eben nicht mit Waffengewalt, sondern mit Argumenten. Die Diplomatie ist ein Feld der Toleranz Akzeptanz und des Miteinanders. Man muss seinen Gegenüber Achten um mit ihm Verhandeln zu können egal ob es ein Staat im Krieg ist oder ein Land im strukturellem Wandel. Dort ist kein Platz für Ideologien und Vorurteilen, sondern das weite Feld der Neutralität des Geistes im Interesse des Landes mit andern Ländern zu sprechen. Das gilt für alle Zeiten auch und besonders in schweren Zeiten da zeigt wahre Diplomatie Größe. Um auch die schwersten Hürden zu nehmen und den Frieden zu wahren oder herzustellen.

In schwerer Zeit ist Diplomatie zu praktizieren da beweist man Achtung und Größe. Nur durch Dialog. Daher ist umso wichtiger sich um Frieden zu bemühen. In diesem Sinne Friede sei mit euch auf all euren wegen um euch und findet ein gutes Wort auch wenn es schwerfällt.

Ich schließe mit einem Zitat aus der Bibel was ich in diesem Sinne etwas erweitert habe: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, doch wen du nicht liebst den musst du achten und akzeptieren, um nicht zum bösen Mensch (Mörder) zu werden.

Kommentar im Namen der Redaktion von Daniel Kutsche

Lieber Florian Stauf,

unkommentiert möchte ich diesen Artikel nicht in die Öffentlichkeit tragen.

Ja, Diplomatie sollte immer der vorrangige Weg aus Konflikten sein. Krieg und Gewalt ziehen immer Leid nach sich und das meist nicht bei denen, die Soldatinnen und Soldaten in den Krieg schicken, sondern bei den Soldaten selbst, deren Familien, den Zivilisten, die dabei zu Schaden kommen und ihre Habe und in vielen Fällen auch ihre Heimat verlieren.

Dennoch: Hier geht es um die gewaltsame Annexion eines Landes. Russland und die Ukraine bewegen sich militärisch nicht auf Augenhöhe und Putin meinte, sich die Ukraine in kürzester Zeit unter fadenscheinigen Vorwänden einverleiben zu können, um seinen Traum vom großrussischen Reich wahr werden zu lassen. Putin rechnete nicht mit der Entschlossenheit der Ukrainerinnen und Ukrainer, mit der Gegenwehr und dem Kampfgeist eines ganzen Landes, keinen Meter ihrer Heimat an Russland fallen zu lassen. Laut Völkerrecht hat die Ukraine auch das volle Recht auf Verteidigung und Deutschland – und all seine Nachbar- und Freundsstaaten sind gut beraten, der Ukraine den Rücken zu stärken. Mit fast allen Mitteln. Ich persönlich zweifle zudem daran, dass Putin sich mit der Ukraine zufriedengeben würde.

Auch eine Einigung, die eine Gebietsabtretung von Teilen der Ukraine an Russland beinhalten würde, stellt in meinen Augen keine Option dar. Welches Zeichen würde dies an andere Länder mit gleichen Ambitionen senden?

Nein. Den Moment, einigermaßen gesichtswahrend aus diesem Konflikt herauszukommen hat Putin verpasst. Augenhöhe und somit auch die Möglichkeit diplomatischer Verhandlungen sind erst dann gegeben, wenn Russland sich restlos aus der Ukraine zurückzieht. Und der Inhalt dieser Verhandlungen sollte Wiedergutmachung sein.

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Jedem Menschen, mit dem ich über dieses Thema spreche, sage ich deutlich:

Ja, Waffen sind totbringender Mist! Wenn wir der Ukraine aber nicht mit fast allen Mitteln zur Seite stehen, lassen wir zu, dass die Bevölkerung eines ganzen Landes unterjocht wird, und machen uns mitschuldig an allem Leid, das den Ukrainerinnen und Ukrainern widerfahren ist und noch widerfahren wird. Außerdem würde ein militärischer Erfolg Russlands nicht zum erwünschten Frieden führen, sondern sowohl die Ukraine und vor allem auch alle anderen Länder dauerhaft destabilisieren, die die nächsten Opfer einer Politik wären, welche Eroberungskriege durch Zugeständnisse an den Aggressor belohnt.

BÜRGERGELD STATT HARTZ IV!

BÜRGERGELD – Geplante Erhöhung sorgt für viel Kritik

Dagmar König aus Verdi-News 13/2023

Anfang des Jahres wurde das Bürgergeld eingeführt. Zum 1. Januar 2024 soll es erhöht werden: Von 502 Euro monatlich für Alleinlebende auf 563 Euro. Die Erhöhung um 61 Euro entspricht fast 12 Prozent mehr pro Monat. Die Aufregung war groß, zumindest bei der Union und den Arbeitgebern. Die BILD-Zeitung kramte prompt einen Arbeitgeber hervor, der behauptete, ein Mitarbeiter hätte seine Kündigung damit begründet, dass er vom Bürgergeld leben wollte. Die Frage, warum er den Mann nicht einfach besser bezahle, blieb ungestellt. Dafür gab es Spekulationen, ob sich nach der Kündigung nicht noch viel mehr Menschen dazu entscheiden würden, vom Bürgergeld leben zu wollen, statt arbeiten zu gehen.

Doch die jetzt von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, angekündigte Erhöhung ist keine politische Entscheidung. Das Ministerium setzt viel mehr gesetzliche Vorgaben um, nach denen das Bürgergeld jährlich an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst werden muss. Daran hat sich auch durch den Wechsel von Hartz IV aufs Bürgergeld nichts geändert. Die einzige Änderung zu früher ist, dass jetzt die Inflation aufgrund aktuellerer Zeiträume, an einem speziellen Warenkorb gemessen wird. Die Preisentwicklung fließt zu 70 Prozent in die Erhöhung ein, die Lohnentwicklung zu 30 Prozent. Also: viel gewollte Aufregung um nichts. Diese Diskussion lenkt nur davon ab, dass die Regelsätze längst nicht ausreichend sind für ein Leben in Würde. Mindestens 650 Euro pro Monat hatte ver.di zu dessen Einführung Anfang des Jahres gefordert. „Die Erhöhung des Bürgergeldes war angesichts der noch immer anhaltenden Inflation längst überfällig, ist aber keineswegs ausreichend. Vielmehr fordert ver.di seit langem ein neues Berechnungsverfahren, das die tatsächlichen Bedürfnisse und die soziokulturelle Teilhabe abbildet und zeitnäher auf außergewöhnliche Veränderungen reagieren kann. Davon sind wir jedoch weit entfernt“, sagt ver.di-Bundesvorstandsmitglied.

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Termine



Landtagswahlen in Hessen

Die nächste Landtagswahl in Hessen findet am **08.10.2023** statt. Der Niedersächsische Landtag hat mindestens 135 Sitze und wurde zuletzt am 15.10.2017 gewählt. Die reguläre Wahlperiode zur Landtagswahl in Niedersachsen beträgt 5 Jahre. Wahlberechtigte müssen mindestens 18 Jahre alt sein.

Viel Erfolg der SPD und Nancy Faeser!

Landtagswahlen in Bayern

Die Landtagswahl in Bayer findet ebenfalls am **08.10.2023** statt.

Die SPD in Bayern setzen sich dafür ein, dass der wirtschaftliche Wohlstand in ihrem Bundesland gesichert bleibt. Die wichtigsten Themen: "Bezahlbare Energie, die das Klima schützt; kostenlose Kitaplätze für 780.000 Kinder; gute Pflege für 2,7 Millionen Senioren; faire Mieten für 7 Millionen Mieter".

Viel Erfolg der SPD und Florian von Brunn!



Weihnachten im Sitzen

Ein Termin zum Vormerken für den Dezember

Samstag, 02.12.2023 um 19:30 Uhr

im Kornhaus Dessau

mit der Gruppe „Triple Trouble“ und lustiger Musik zum Einstimmen auf die Adventszeit



Den Geburtstagskindern im Oktober herzlichen Glückwunsch!!

Jürgen Thielemann, Bernd Hünecke, Silke Eichelberg, Heike
Bernstein-Kühn, Daniel André Bräsecke, Gerhard Sodtke,
René Stürmer, Abu Naser Uddin

Der **ROTE SPATZ** zwitschert :



„ Deine Kompetenz und Dein Engagement ist gefragt –
**Komm doch mal wieder zur
Ortsvereinssitzung**
und gestalte aktiv Deine politischen Themen! “

Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau
versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite
<https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke,
Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche

Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen
vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren,
nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

SPD-OV-Roßlau,
Mi., 18.10.2023, 18:30 Uhr

SPD-OV-Süd,
Do., 05.10.2023, 18 Uhr in der „Jägerklausur“

SPD-OV-SiZiKü,
Mo., 23.10.2023, 18 Uhr, AWO-Geschäftsstelle

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de